



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Justiz und Gleichstellung

Der Staatsrat

An die Vorsitzende des
Innen- und Rechtsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtags
Frau MdL Barbara Ostmeier

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/2685

Ausschließlich per E-Mail:
innenausschuss@landtag.ltsh.de

2. April 2014

Länderkompetenzen stärken – Neue Formen staatsanwaltschaftlicher Organisation ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 18/1422

Politisches Weisungsrecht gegenüber Staatsanwälten abschaffen, selbstverwaltete Justiz ermöglichen

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN – Drucksache 18/1515

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 10. März 2014 und die damit verbundene Gelegenheit zur Stellungnahme.

Im Rahmen der Justizministerkonferenz im November 2013 haben sich die Justizministerinnen und Justizminister mit dem in §§146 und 147 des Gerichtsverfassungsgesetzes verankerten externen Weisungsrecht und der Stellung der Staatsanwaltschaften als Teil der Exekutive befasst und sind zu der Überzeugung gelangt, dass eine Änderung der gesetzlichen Regelungen nicht für notwendig erachtet wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Nikolas Hill